



Finanz- und Wirtschaftsplatz Zürich: Dynamisches Zentrum mit sozialer Verantwortung und ökologischer Ausrichtung

Dr. oec. Claudia Nielsen

Unsere Vision ist eine Wirtschaft und Gesellschaft, die genug faire Möglichkeiten bietet, sich ein gutes Leben und Wertschätzung zu verdienen. Und die jene Güter und Dienstleistungen anbietet, die wir für ein gutes Leben benötigen. Wir sollen so wirtschaften, dass wir diese Chancen auch anderen Menschen und zukünftigen Generationen ermöglichen und gleichzeitig unseren Wohlstand erhalten können. Dieses Ziel werden wir zu unseren Lebzeiten kaum erreichen. Und doch ist jeder Schritt in diese Richtung ein notwendiger.

Probleme trotz guter Aufstellung der Stadt Zürich

Das heutige Zürich gehört zu den europäischen Städten mit besonders hoher Lebenszufriedenheit, hohem Lohnniveau und hoher Wertschöpfung. Beim Klimaschutz rangiert Zürich weit oben, als Energiestadt mit Label Gold spielt die Limmatstadt in der obersten Liga. Im europäischen Vergleich ist die Arbeitslosigkeit tief und die Armut ebenso. Im schweizerischen Vergleich dagegen liegt die Arbeitslosigkeit leicht über dem Durchschnitt. Für die unternommenen Anstrengungen zur Verhinderung oder Linderung von Armut gilt dasselbe. Namentlich bei der Reduktion von Altersarmut ist die Stadt Zürich erfolgreich neue Wege gegangen – unter anderem mit Pflegekostenvorschüssen.

Eine vielfältige Wirtschaft als zentrales Anliegen

Den grössten Einfluss haben Stadt und städtische Politik auf die Qualität der Standortfaktoren. Dazu gehören politisches und soziales Umfeld, Gesundheitswesen, Wohnverhältnisse, Sicherheit, Bildungsangebot, Infrastruktur, Kultur, Umwelt und Steuerbelastung. Hier liegen Zürichs Stärken. Es gilt, sie mit den geeigneten politischen Massnahmen zu wahren und weiterzuentwickeln.

Die Stadt Zürich braucht eine starke und vielfältige Wirtschaft. Dazu gehören grosse Banken und Versicherungen mit Tausenden von Arbeitsplätzen und Millionen von Steuerabgaben, die Stadt Zürich mit ihren 25'000 Angestellten genauso wie kleine, kreative und innovative Unternehmen. Mit ihrer Politik muss die Stadt Zürich Kleine wie Grosse gleichermaßen fördern.

Anhaltende Bedeutung der Finanzbranche

Der hinsichtlich Wertschöpfung (in der Stadt Zürich 40% der gesamten Wertschöpfung), Steueraufkommen und Arbeitsplätze bedeutendste Sektor ist die Finanzbranche. Jeder dritte Arbeitsplatz im Kreditwesen – zentral in der modernen Volkswirtschaft – und jeder fünfte Arbeitsplatz im Versicherungswesen befinden sich in der Stadt Zürich. Genügend Steuereinnahmen sind auch für den sozialen Ausgleich essentiell. Entscheidend ist, wie es

gelingt, Unternehmen und natürliche Personen durch attraktive Rahmen- und Standortbedingungen in der Stadt Zürich zu halten.

Die Auswirkungen der Finanzkrise betreffen Zürich besonders stark. Die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wird allerdings spezialisiertere Bankplätze wie Genf oder Lugano wesentlich härter treffen. Die beiden Grossbanken sind quantitativ für Zürich selbstredend am Wichtigsten. Sie sind noch nicht über den Berg und ihre weiterhin tiefe Eigenkapitalisierung lässt sie labil bleiben.

Die Finanzbranche tendierte in den letzten Jahren aufgrund übergeordneter Veränderungen (rechtlich, politische Weltlage, Geld- und Finanzpolitik) zu verstärkter Instabilität und stark schwankendem Geschäftsgang. Neben anderen Schwierigkeiten führt dies zu instabilen Steuererträgen. Ein erheblicher Teil des letztjährigen Wirtschaftsabschwungs ging von der Finanzbranche aus und ging auch zu ihren Lasten. Deshalb liegt es im Interesse der Stadt, die Wertschöpfung der Finanzbranche auf hohem Stand zu halten, aber gleichzeitig auch innerhalb der Branche zu diversifizieren und zu stabilisieren (nachhaltigeres Banking, Angebote für die lokale Wirtschaft, Gewährleistung eines «Service-public-Teils» etc.). Diesbezüglich wäre eine erneuerte Diskussion und in der Forschung eine breitere Ausrichtung wünschenswert.

Den Wirtschaftsmotor KMU am Laufen halten

In der öffentlichen Wahrnehmung und für die Steuereinnahmen sind die grossen (Finanz-)Unternehmen besonders wichtig. Hinsichtlich der Arbeitsplätze sind es jedoch die kleineren und mittleren Unternehmen, die den Wirtschaftsstandort Zürich charakterisieren. 85% der Betriebe sind solche mit weniger als 10 Vollzeitstellen, 70% aller Arbeitsplätze finden sich in Betrieben mit bis zu 250 Vollzeitstellen. Die Stadt kann diese Betriebe weder subventionieren noch soll sie direkt in den Strukturwandel eingreifen oder eigentliche Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene betreiben. Die Unternehmen brauchen vor allem KundInnen und Absatzkanäle sowie ein stabiles und attraktives Umfeld. Ein Grund, warum diese Unternehmen in Zürich bleiben oder nach Zürich kommen, sind die guten Rahmenbedingungen und die Nähe zu hochstehenden Ausbildungsstätten und zur Forschung. Für die Stadt gilt es, diese Rahmenbedingungen zu stärken und weiter zu entwickeln. Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen gehört die Möglichkeit, erschwingliche Geschäfts- und Gewerberäume an geeigneten Orten zu finden. Hier besteht eindeutig Handlungsbedarf.

Gerade Kleinunternehmen in der Kreativwirtschaft, aber auch andere Unternehmen, suchen die Nähe zu ähnlichen Unternehmen und bilden mit Vorliebe so genannte Cluster. Deshalb hat sich die Stadt Zürich richtigerweise auf einzelne Wirtschaftszweige mit grossem Entwicklungspotential ausgerichtet. In der Kreativwirtschaft finden über 25'000 Personen ein Auskommen. Zürich ist bekannt für hervorragende DesignerInnen, ArchitektInnen oder Kulturschaffende.

Konkret kann die Stadt dadurch zum Florieren – in der gegenwärtigen Phase teilweise auch zum Überleben – der lokalen KMU beitragen, indem sie

- sich für eine Verbesserung der Raumsituation einsetzt, wo möglich und vorhanden Räume in Kostenmiete abgibt, Land erwirbt oder Abschreibungsbeiträge leistet, zum Beispiel an ihre Stiftung PWG. Für weitergehende Verbesserungen ist sie auf die EigentümerInnen sowie auf Kanton und Bund angewiesen. Gemeinnützige Zonen wie etwa in Zug sieht das kantonalzürcherische Planungs- und Baugesetz (noch) nicht vor.

- den Spielraum bei der Auftragsvergabe so nutzt, dass lokale Unternehmen berücksichtigt werden. Ein exemplarisches Beispiel zeigt, dass lokale Präferenzierung möglich ist: Ein kleines Unternehmen bewarb sich beim (kantonalen) EKZ um einen Auftrag. Auf Nachfrage, warum er den Auftrag nicht erhielt, beschied das EKZ dem Unternehmer, er erfülle die gestellten Kriterien zwar bestens, weil er aber in der Stadt geschäfte, wolle man lieber jemanden im Belieferungsgebiet – dieses umfasst beim EKZ nicht die Stadt Zürich.
- Gründungsinitiativen fördert (z.B. StartZentrum Zürich, Technopark, Hochschul-Spin-Offs, Stiftung GO! Ziel selbständig, www.gruenden.ch u.a.) und entsprechenden Organisationen Starthilfe zukommen lässt.
- ihre eigene Zahlungsfrist auf 30 Tage ansetzt.
- das Auftragsvolumen jetzt nicht im Zuge von Sparanstrengungen reduziert. Die jährlichen durchschnittlich 700 Millionen Franken Investitionen der Stadt Zürich kommen auch dem städtischen Gewerbe zugute, ebenso 160 der im September in der Abstimmung beschlossenen 180 Millionen Franken für Energiedienstleistungen.
- ein KMU-Fenster einrichtet oder einrichten hilft. Dieses könnte sich vor allem an Kleinunternehmen (bis 9 Vollzeitstellen) richten. Die durchschnittliche Kleinunternehmerin, der durchschnittliche Kleinunternehmer weiss oft kaum, wo er/sie ein bestimmtes Anliegen deponieren soll. Oder wie das mit der Sozialversicherungsabrechnung letztes Jahr schon wieder ging. Denn für Fragen dieser Art gibt es keine spezialisierten Ansprechpersonen mit Routine. Eine Anlaufstelle, welche solche Fragen gezielt weiterleitet oder selber erledigt, könnte Kleinunternehmen und Verwaltung stark entlasten. Diese Stelle könnte auch Beratungen oder Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sozialversicherungen, Mehrwertsteuer, Inkasso oder Bewilligungen anbieten. Derartige Leistungen würden abgegolten. Das Unternehmen hätte den Vorteil einer einzigen spezialisierten und unabhängigen Anlaufstelle.
- prüft, ob sie eine Task Force «KMU» einrichten soll, die sich periodisch mit UnternehmerInnen trifft und Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Stadt und KMUs erörtert und allenfalls innerhalb der Stadtverwaltung oder mit übergeordneten Ebenen die Umsetzung begleitet.
- sich bei Kanton, Bund, in Vernehmlassungen und gegenüber der breiten Öffentlichkeit immer wieder einbringt, um städtischen Interessen auch hinsichtlich Gewerbe und KMU Gehör zu verschaffen. Obwohl sich fast jeder zehnte Arbeitsplatz in der Schweiz in der Stadt Zürich befindet, sind städtische Interessen selten «von alleine» im Fokus und im gesetzgeberischen Prozess eher benachteiligt. Sie müssen sich via Kanton einbringen. Allerdings unterscheidet sich dessen politische Ausrichtung deutlich von der städtischen. Auch (fehlende) internationale Abkommen und Einbindung der Nachbarländer beeinflussen die Stadt Zürich besonders stark. Stichworte sind Hightech-Nischenproduktion und der Finanzplatz – zwei der fünf erwähnten Wirtschafts-Cluster.

Wirtschaften für den Wohlstand

Bedrohung Arbeitslosigkeit

Durchschnitt und europäischer Vergleich können auch kaschieren. Obwohl die hohe Arbeitslosigkeit als Folge der massiven Strukturveränderungen Mitte der 90er-Jahre – um die 40'000 Arbeitsplätze wurden abgebaut – wenige Jahre später deutlich sank, blieb ein Anteil arbeitsloser und armer Menschen, der nicht hingenommen werden darf. Während insbesondere in der Finanzbranche und der Informatik die Reallöhne deutlich stiegen, mussten andere Arbeitnehmende mit über die Jahre sinkenden Reallöhnen zurechtkommen. Beunruhigenderweise besteht auch das Phänomen der Working Poor noch immer. Die öffentliche Hand und erst recht eine einzelne Stadt kann hier alleine nicht viel ausrichten: Hier müssen Wirtschaft, KonsumentInnen, Bund und Kantone kooperieren.

Eine weitere beunruhigende Erscheinung ist die mit jedem grösseren Konjunkturzyklus zunehmende Sockelarbeitslosigkeit. Mit dem Aufschwung geht die Arbeitslosigkeit normalerweise zwar zurück, aber in den letzten Phasen nicht mehr bis auf das frühere Niveau. Gesellschaft, Wirtschaft und Politik müssen sich also neue Möglichkeiten ausdenken, um einer zunehmenden Zahl an Personen ein Auskommen zu sichern, welche dies auf dem herkömmlichen Arbeitsmarkt selbst nicht mehr vermögen. Sie können es nicht, weil sie keine Stelle finden. Oder weil sie nicht über die nötigen Qualifikationen verfügen. Die meisten Armen und Arbeitslosen wünschen sich rasch eine Verdienstmöglichkeit. Einerseits, um der Sozialhilfeabhängigkeit zu entkommen. Andererseits darum, weil sich der Platz in unserer Gesellschaft noch immer durch bezahlte Arbeit definiert.

Nebst der direkten Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit durch Stellenangebote im ergänzenden Arbeitsmarkt kann die Stadt präventiv wirken, indem sie gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für bildungsferne Kinder, Jugendliche und Erwerbstätige anbietet.

In früheren Rezessionen traf Arbeitslosigkeit vor allem wenig Qualifizierte. Diesmal sind vermehrt auch gut Ausgebildete davon betroffen. Wer vom Studium kommt, muss oft schon über ein schlecht bezahltes Praktikum froh sein. Und hoffen, es ermögliche wenigstens den Berufseinstieg. Neuartig und besorgniserregend ist auch die Situation im Journalismus. Der Stellenabbau bei herkömmlichen Zeitungen war immens, freier Journalismus wird häufig zum brotlosen Idealismus-Job. Der freien und kritischen Meinungsbildung ist dies nicht eben förderlich.

Für das Jahr 2010 müssen wir uns auf einen weiteren Anstieg der Arbeitslosen- und Ausgesteuerten-Zahlen gefasst machen. Dies wird, selbst wenn die Konjunktur tatsächlich bereits anzieht, kaum zu verhindern sein, denn der Arbeitsmarkt hinkt der Konjunktur jeweils hintennach. Die Stadt Zürich muss insbesondere in der Rezession die Mittel aufbringen können, den Betroffenen zu helfen, in der Gesellschaft integriert zu bleiben und sich eine neue Perspektive zu schaffen. Das hat die Stadt bislang geschafft – über Angebote zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt (der herkömmliche) und vermehrt über Einsätze im zweiten Arbeitsmarkt (Sozialfirmen). Es ist fraglich, ob die Arbeitsplätze im ergänzenden Arbeitsmarkt (Zürcher Sozialfirmen, Teillohn-Jobs) in den nächsten Jahren genügen werden. Die Bemühungen von Wirtschaftsverbänden, jährlich 10% der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen über einen Nischen- oder Einsatzarbeitsplatz wieder einzugliedern, sind voranzutreiben.

Die Stadt kann sich ihren Teil der Unterstützung von Arbeitslosen und Ausgesteuerten leisten und sie muss es auch. Ihre Finanzpolitik und die weitgehend stabile Wirtschaft bieten die Grundlage dafür. Wenn Menschen keine Perspektiven haben, bedeutet dies eine Belastung für sie selber, für ihr Umfeld und für die Gesellschaft, auch in finanzieller Hinsicht. Darum liegt es in unser aller Interesse, dass sie zurück zu einer Perspektive finden.

Offene Wirtschaft und Chancen der Einwanderung

Der Export von Waren und Dienstleistungen trägt wesentlich zum Wohlergehen der Schweiz und der Stadt Zürich bei. Das Hauptproblem der Rezession in der Schweiz ist daher nicht die Einwanderung, sondern der weltweite Vertrauens- und Nachfrageeinbruch. Eine Abschottung des hiesigen Arbeitsmarkts wäre keine adäquate Antwort. Der Arbeitsmarkt ist nämlich keine starre Grösse, vielmehr erhalten Volkswirtschaften mit einer wachsenden erwerbsfähigen Bevölkerung die Chance auf zusätzliches Wissen und zusätzliche Nachfrage. Die Schweiz hat den Beweis geliefert: Ihre Bevölkerung hat sich seit 1900 mehr als verdoppelt, während sich die Beschäftigung in dieser Zeit gar verdreifachte (dieser Abschnitt ist ausnahmsweise der NZZ entnommen, siehe 9.1.2010, S. 27). Selbstverständlich braucht unser offener Arbeitsmarkt flankierende Massnahmen, um zum Beispiel Lohndumping zu verhindern. Die SP hat diese bei der Einführung der Personenfreizügigkeit eingebracht. Wenn die Schweiz im Gesundheitsbereich nicht bald eine Aus- und Weiterbildungsoffensive startet, wird unsere Pflege sogar existentiell vom Ausland abhängig. Sie stellt einen der grossen Wachstumssektoren dar mit laufend steigender Nachfrage und wachsendem Bedarf an Arbeitskräften. Zudem liefern AusländerInnen mit der Quellensteuer einen massgeblichen Beitrag an die Stadtkasse: 2008 waren es knapp 150 Millionen Franken.

Ökologisch in die Zukunft

Die Stadtbevölkerung wünscht mit deutlicher Mehrheit eine ökologische Gangart (2000-Watt-Gesellschaft, Atomausstieg). Bei Lichte besehen ist dies allerdings nicht bloss eine Frage der Präferenzen des Stimmvolks, sondern eine schlichte Notwendigkeit. Umso besser ist es, wenn wir auch ökonomisch vorteilhaft handeln. Dies ist möglich, wenn wir die Umstellung rasch genug schaffen. Was wir brauchen, ist: einen effizienten (sprich sparsamen) Umgang mit den Ressourcen und eine Umsattelung auf umweltschonende Arten von Produktion und Konsum.

Zu den zukunftssträchtigen Branchen gehört, was sich unter «Clean Tech» und ökologischem Umbau einreihen lässt. Also Gebäudedämmung und Bautechnik, innovative Energienutzungen (die Stadt Zürich hat dafür im September weitere 180 Millionen bewilligt), umfassende Energieberatungen (u.a. das Energiecoaching-Angebot für KMU durch die Stadt Zürich), ressourcensparende Produktionsverfahren und Mobilität, allenfalls Bio- und Kommunikationstechnologie, Umsattlung auf erneuerbare Energien. Da die Mobilität eine der grossen Ressourcenfresserinnen ist, erhalten auch kleinräumige Strukturen wieder eine neue, moderne Bedeutung. Insofern ist der Quartiersversorgung durch Gewerbe und Detailhandel vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Stadt hat dabei bedeutende Mittel in der Hand. Sie kann

- den Ressourcenverbrauch in ihren eigenen Gebäuden und Tätigkeiten beeinflussen und dadurch Vorgaben setzen
- die Energieversorgung (insbesondere ewz und erz) umschichten, aber auch die Wasserversorgung effizient gestalten
- die Entsorgung ökologischer ausrichten (erz, Fernwärme)

- bei der Auftragsvergabe ökologische Kriterien berücksichtigen
- in Leistungsaufträgen und öffentlichen Angeboten ökologische Vorgaben machen (z.B. hat die SP den Leistungsauftrag «Energiedienstleistungen» durch messbare Kriterien ökologisiert und durch soziale Ausrichtung ergänzt)
- die Forschung unterstützen und neue Verfahren und Technologien (z.B. Tiefen-Geothermie) testen
- durch das eigene Beispiel die öffentliche Meinung beeinflussen.

Gleichzeitig sind die Möglichkeiten der Stadt logischerweise beschränkt. Viele Aufgaben und Möglichkeiten präsentieren sich auf anderen Ebenen. Diese gewichten gerade in ökologischen Fragen anders als die Stadt. Gerade beim Verkehr zeigt sich dies immer wieder. Die Investitionen in den privaten motorisierten Verkehr kommen die Stadt teurer zu stehen, als die Bevölkerung es will. Diese Tatsache findet nicht immer Eingang in die Entscheidungsfindung von Kanton und Bund. Ebenso stehen die falschen Anreize durch Steuer- und Gebührensysteme und die für die Stadt zwingenden Vorgaben dazu (etwa Liberalisierung beim Betriebskehrrecht) der Ökologisierung (noch) im Weg. Will die Stadt Zürich ihren Weg konsequent weitergehen, ist sie auf die Kooperation anderer Institutionen und Ebenen angewiesen.

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Nielsen, SP-Stadtratskandidatin
044 241 26 11